

WIE BEEINTRÄCHTIGT ANTIFEMINISTISCHER BACKLASH DIE FEMINISTISCHEN BEWEGUNGEN?

Betrachtungen innerhalb der Vereinten Nationen und weltweit

Sehnaz Kıymaz Bahceci und Anke Stock

Trotz einer starken Zunahme des Einflussbereichs der antifeministischen Bewegungen weltweit und auch innerhalb der Vereinten Nationen (UN) gelingt es feministischen Bewegungen nach wie vor, alternative Räume zu schaffen und Methoden zu finden, um Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechte weltweit voranzubringen.

In den 1990er Jahren gab es große Fortschritte bei der Weiterentwicklung von internationalem Recht und Standards für Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit. Bereits damals gab es antifeministische Gruppierungen, doch sie waren schlecht organisiert und ihre Stimmen kaum vernehmbar. 20 bis 30 Jahre später sind diese Stimmen lauter

und die Auferlegung von internationalen Frauenrechtsstandards“ und das „Aufzwingen von Normen gegen die Kultur und/oder Religion der Gesellschaft“. Auf internationaler Ebene ist die Erzählung der Opposition in verschiedener Hinsicht verschleiert, die progressiven Schritte „sien nicht komplexer zu den nationalen Realitäten“ oder eben „keine vereinbarte Sprache“ (d. h. die Sprache ist nicht Teil von vorher verabschiedeten Dokumenten).

Antifeministische Bewegungen lernen das Spiel

Auch bereits „vereinbarte Sprache“, Formulierungen wie „sexuelle und reproduktive Rechte“ und „vielfache Formen von Familien“ sowie bereits existierende Rechte wurden von Mitgliedstaaten ab-

zess als eine Form der „Backlash-Politik“ und heben hervor, dass „die Charakterisierung der derzeitigen Herausforderungen der Frauenrechte im Rahmen der UN als Backlash einen möglichen Stillstand, ja sogar eine Umkehrung der Agenda signalisiere, die sich in den letzten 30 Jahren stetig weiterentwickelt und weltweit verbreitet hat. Allgemeiner ausgedrückt, bedeute es einen Wandel in der Art und Weise, wie Politik innerhalb der UN gemacht wird, nämlich dass es nicht mehr vorwiegend progressive Gruppen sind, die sich transnational organisieren und innerhalb der Organisation Fürsprache leisten, sondern

EU-Osterweiterung

1. Mai

geworden, und die Ablehnung von Frauenrechten, sowohl de jure als auch de facto, nehmen weltweit zu. Zunächst wurden die Erfolge der internationalen Frauenrechtsbewegungen hinter verschlossenen Türen angegriffen, anschließend offen und lautstark in der nationalen sowie internationalen Politikarena organisiert. Obwohl sich die Ideologien hinter der Argumentation auf nationaler und internationaler Ebene ähneln, sind die Narrative unterschiedlich. Während Religion, Tradition und Nationalismus vorgeschoben werden, um gegen Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechte vorzugehen, konzentrieren sich die Behauptungen im nationalen Kontext auf den „fremden Einfluss

gelehnt. Die Allianz der antifeministischen und konservativen Kräfte zielt darauf ab, das globale multilaterale System und dessen Normen zu schwächen und zu untergraben und zugleich dasselbe System zu nutzen, um von bereits etablierten fortschrittlichen Standards Abstand zu nehmen.

So wie die Mitgliedstaaten auf UN-Ebene aufgrund erfolgreicher Fürsprache der internationalen Frauenbewegungen progressive Schritte unternehmen haben, kann auch argumentiert werden, dass die gegenwärtigen regressiven Schritte auf die Unterstützung einer nun gut organisierten antifeministischen Bewegung zurückzuführen sind, die internationale und nationale NGOs umfasst. Tuncer-Ebetürk und Cupac charakterisieren diesen aktuellen Pro-

zess als eine Form der „Backlash-Politik“ und heben hervor, dass „die Charakterisierung der derzeitigen Herausforderungen der Frauenrechte im Rahmen der UN als Backlash einen möglichen Stillstand, ja sogar eine Umkehrung der Agenda signalisiere, die sich in den letzten 30 Jahren stetig weiterentwickelt und weltweit verbreitet hat. Allgemeiner ausgedrückt, bedeute es einen Wandel in der Art und Weise, wie Politik innerhalb der UN gemacht wird, nämlich dass es nicht mehr vorwiegend progressive Gruppen sind, die sich transnational organisieren und innerhalb der Organisation Fürsprache leisten, sondern

zess als eine Form der „Backlash-Politik“ und heben hervor, dass „die Charakterisierung der derzeitigen Herausforderungen der Frauenrechte im Rahmen der UN als Backlash einen möglichen Stillstand, ja sogar eine Umkehrung der Agenda signalisiere, die sich in den letzten 30 Jahren stetig weiterentwickelt und weltweit verbreitet hat. Allgemeiner ausgedrückt, bedeute es einen Wandel in der Art und Weise, wie Politik innerhalb der UN gemacht wird, nämlich dass es nicht mehr vorwiegend progressive Gruppen sind, die sich transnational organisieren und innerhalb der Organisation Fürsprache leisten, sondern

Neue Strategien

Der zunehmende antifeministische Backlash soll das Voranschreiten hinsichtlich eines evolutionären Verständnisses der Menschen- und Frauenrechte nicht aufhalten. Daher ist eine der Strategien der internationalen Frauenbewegungen, eigene Räume zu schaffen und Allianzen mit anderen Bewegungen zu bilden bzw. zu stärken. Ein aktuelles Beispiel ist das Ground Level People's Forum, ein

Analyse und den Blick auf bestehende Ungerechtigkeiten, mit denen sich die Weltbevölkerung konfrontiert sieht. Eine andere Strategie besteht darin, der Welt zu zeigen, wie eine feministische Interpretation internationaler Abkommen aussehen könnte. Da sich dieses Jahr die vierte Weltfrauenkonferenz zum 25. Mal jährt, bereiteten sich UN Women und die internationalen Frauenrechtsbewegungen auf ein großes Jubiläum vor. Es sollte eine treibende Kraft für die Förderung von Frauenrechten auf der ganzen Welt sein, doch die geplanten Veranstaltungen wurden aufgrund der COVID-19-Pandemie entweder reduziert oder verschoben.

Eines der offiziellen Abschlussdokumente in dieser Hinsicht hätten die „Agreed Conclusions“ (vereinbarten Schlussfolgerungen) der 64. Sitzung der Frauenrechtskommission sein können. Nach langen Verhandlungen bekräftigten sie „erneut das Engagement für

In Belarus wird per Referendum (79 % Zustimmung) die Beschränkung des Amts des Präsidenten auf 2 Amtszeiten abgeschafft, wodurch Aleksandr Lukashenko 2006 nicht abtreten muss

17. Oktober

Der Tsunami in Südostasien tötet mind. 230.000 Menschen
26. Dezember

alternativer Raum zum Hochrangigen Politischen Forum der UN (HLPF), das am 14.7.2019 gemeinsam mit dem Asia Pacific Forum on Women's Leadership and Development, der Women's Major Group und dem Asia Pacific Regional Civil Society Engagement Mechanism veranstaltet wurde.

Das Forum brachte vielfältige Bürger_innenbewegungen aus New York sowie dem Globalen Süden zusammen, um zu diskutieren, was für eine gerechte und gleichberechtigte nachhaltige Entwicklung weltweit wirklich notwendig ist, auch im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Frauenrechte, insbesondere durch eine intersektionale

die Gleichstellung der Geschlechter, denn nach Ansicht führender feministischer Gruppen und Aktivist_innen war es nicht gelungen, sich zu den für die Verwirklichung dieser Vision notwendigen transformativen Schritten zu verpflichten“. Im Rahmen einer Gegendarstellung verfasste der Women's Rights Caucus, eine globale Koalition von über 200 feministischen Organisationen, eine alternative „Feminist declaration on the occasion of the twenty-fifth anniversary of the Fourth World Conference on Women“. Antifeministische Gruppen nehmen mit der Unterstützung autoritärer Regierungen, Think Tanks und Geldgeber_innen weltweit viel mehr Raum innerhalb der UN ein, wodurch der ohnehin schon schrumpfende Raum für unabhängige fe-

Zu den Autorinnen: Sehnaz Kıymaz Bahceci ist eine feministische Aktivistin, die in internationalen Prozessen seit 2004 für Geschlechtergerechtigkeit kämpft. Sehnaz hat einen interdisziplinären Hintergrund mit einem B.A. in Biologie, Soziologie und Anthropologie des Swarthmore College und einen M.A. der Middle East Technical University in Gender and Women's Studies. Seit 2013 arbeitet sie vornehmlich zur Agenda 2030 und den SDGs als Mitglied der Women's Major Group. // Dr.ⁱⁿ Anke Stock ist Anwältin in Antidiskriminierungsrecht. Nach einigen Jahren Menschenrechtsarbeit beim Kurdish Human Rights Project in London ist sie seit 2005 Gender-Expertin bei der Netzwerkorganisation WECF in Deutschland. Sie arbeitet an Projekten in der EECCA Region, vertritt WECF bei der UN und berät einzelne UN-Institutionen sowie Partner_innen von WECF zu Geschlechtergerechtigkeit in der nachhaltigen Entwicklung. Sie war bei diesem Artikel unterstützend tätig.

